

Beschluss Ein Aufschwung für Gerechtigkeit, Wirtschaft und Gesellschaft

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 29.06.2024

Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 Ein Aufschwung für Gerechtigkeit, Wirtschaft und Gesellschaft
- 2 Jahrzehntlang hat sich Deutschland in immer stärkere Abhängigkeit von fossilen
- 3 Energieimporten begeben. Nicht zuletzt die Abhängigkeit von günstigem Gas aus
- 4 Russland stieg zuletzt auf bis zu 55 Prozent und unterstützte damit jahrelang
- 5 ein System, das heute einen abscheulichen Krieg gegen die Ukraine führt,
- 6 unsagbares Leid verursacht und die gesamte Region destabilisiert. Diese Probleme
- 7 werden seit dem 24. Februar 2022 von Wirtschaft und Politik mit voller
- 8 Konsequenz adressiert. Unser Land aus dieser Abhängigkeit zu befreien, bindet
- 9 enorme politische und volkswirtschaftliche Kraft, Energiepreise sind gestiegen
- 10 und die Verunsicherung ist gewachsen, im Ergebnis zeigt sich eine Stagnation der
- 11 Wirtschaft.
- 12 Mit dem Krieg in der Ukraine stehen wir vor einer weiteren Herausforderung die
- 13 wir bewältigen müssen. Klima- und Biodiversitätskrise, der demografische Wandel
- 14 oder der Zustand unserer Infrastruktur, die wachsende soziale Ungleichheit und
- 15 der Rechtsruck, die Herausforderungen sind vielfältig wie nie.
- 16 Das verschärft die Situation der öffentlichen Haushalte. Ob im Bund, in den
- 17 Ländern oder in den Kommunen: Die Kassen sind angespannt, gleichzeitig ist der
- 18 Investitionsbedarf hoch wie nie.
- 19 Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gehen wir GRÜNE konstruktiv und
- 20 verantwortungsvoll damit um und handeln entsprechend. Beim Lösen von
- 21 Investitionsbremsen durch Beschleunigung von Planungs- und
- 22 Genehmigungsverfahren, dem Abbau bürokratischer Lasten achten wir auf die
- 23 ausreichende Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutzbelangen und
- 24 Arbeitnehmer*inneninteressen sowie darauf, dass die Beteiligung von Bürger:innen
- 25 nicht gravierend eingeschränkt wird, um Transparenz und Akzeptanz zu
- 26 gewährleisten. Beim beschleunigten Aufbau einer klimaneutralen, günstigen und
- 27 widerstandsfähigen Energieversorgung priorisieren wir Aufgaben und Projekte
- 28 sorgfältig. Konkret heißt das zum Beispiel: Nicht jedes Förderprogramm, das
- 29 irgendwann einmal gestartet wurde, kann weiterlaufen. Nicht jedes wünschenswerte
- 30 Projekt kann wie geplant umgesetzt werden.
- 31 Grund dafür ist auch, dass vergangene Bundes- und Landesregierungen nicht
- 32 ausreichend für die Zukunft vorgesorgt haben. Es kommt auf uns Grüne an, jetzt
- 33 die angehäuften Probleme der Vergangenheit zu lösen. Wir zerschlagen zum
- 34 Beispiel mit unserem Vorschlag für eine Altschuldenregelung einen
- 35 jahrzehntelangen gordischen Knoten, der die Handlungsspielräume vieler Kommunen
- 36 massiv eingeschränkt hat. Jetzt ist auch die Bundesregierung gefordert, ihren
- 37 Anteil zu leisten. Die Grüne Bundestagsfraktion hat dazu bereits ihre
- 38 Bereitschaft erklärt, SPD und FDP müssen jetzt folgen.
- 39 Wir wollen das europäische Lieferkettengesetz noch in dieser Legislaturperiode
- 40 in nationales Recht umsetzen. Damit stellen wir sicher, dass die Regelungen, die

41 noch ambitionierter Menschenrechts- und Umweltstandards setzen, als das deutsche
42 Gesetz, effektiv umgesetzt werden. Im Rahmen dieser Umsetzung wollen wir einen
43 gleichwertigen Übergang zwischen dem nationalen und europäischen Gesetz
44 schaffen.

45 Klar ist aber auch: Der Investitionsbedarf der Republik in die klimaneutrale
46 Transformation wird auf rund fünf Billionen Euro geschätzt, was jährlichen
47 Zusatzinvestitionen von etwa 191 Milliarden Euro entspricht. Die USA zeigen, mit
48 dem Inflation Reduction Act, dass dadurch ein enormer Aufschwung möglich ist,
49 von dem die Breite der Gesellschaft profitiert. Wir sollten diese Chance weder
50 liegen lassen noch den Anschluss daran. Dies bedeutet aber auch, unseren
51 Sozialstaat nicht zu schröpfen, sondern zu stärken. Die Sicherung der sozialen
52 Infrastruktur ist entscheidend, um soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten und
53 langfristige Stabilität zu sichern. Wir müssen investieren; staatlich und
54 privat. Allein mit Einsparungen in den laufenden Haushalten sind diese Summen
55 nicht zu realisieren.

56
57

58 Gerade vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren kaum gestiegenen Reallöhne
59 der breiten Mehrheit mit unteren und mittleren Einkommen ist uns klar: Ohne eine
60 starke soziale Flankierung werden wir keine Akzeptanz für die notwendigen
61 Maßnahmen bei Klima- und Naturschutz erreichen. Im Gegenteil, eine radikale
62 Sparpolitik schädigt das Vertrauen in die Demokratie und befördert den
63 Rechtsruck. Mit Investitionen in die Daseinsvorsorge halten Demokrat*innen
64 dagegen. Für uns ist daher klar: Ein sozialpolitischer Kahlschlag kann nicht die
65 Antwort auf die Zeitenwende sein.

66 Dazu kommt, dass die Zeitenwende eine ganze Reihe neuer Ausgabennotwendigkeiten
67 mit sich bringt. Deutschland muss sich darauf einstellen, seine
68 Sicherheitsausgaben weiter zu steigern, um der wachsenden Bedrohung unserer
69 Sicherheits- und Friedensordnung wirksam entgegenzutreten zu können. Diese
70 Realität haben wir uns weder gewünscht noch ausgesucht.

71 Unter diesen neuen Realitäten bremst die Einhaltung der aktuell im Grundgesetz
72 verankerten Schuldenregeln das Land und seine Zukunftsfähigkeit. Notwendige
73 Investitionen in Infrastruktur, Transformationsprojekte und gesellschaftlichen
74 Zusammenhalt können nicht mehr im notwendigen Umfang finanziert werden. So ist
75 absehbar, dass unsere aktuellen Ausgaben noch nicht ausreichen werden, um unsere
76 internationalen Vereinbarungen beispielsweise im Rahmen des Pariser
77 Klimaabkommens, des Montreal-Abkommens für Biodiversität zu erreichen. Das
78 werden die Menschen in unserem Land spüren. So wie wir heute die versäumten
79 Investitionen der vergangenen 20 Jahre bemerken, werden wir in 20 Jahren mit den
80 versäumten Investitionen von heute umgehen müssen. Der Unterschied ist, dass die
81 notwendigen Investitionen, die heute getätigt werden müssen, nicht nur die
82 öffentliche Infrastruktur betreffen, sondern gleichzeitig in den Unternehmen
83 erfolgen müssen, um den Industriestandort Nordrhein-Westfalen erhalten zu
84 können.

85 Unser Staat hat grundsätzlich die Fähigkeit, finanzielle Sicherheit zu
86 gewährleisten, die weit über das hinausgeht, was privatwirtschaftliche
87 Unternehmen oder der freie Markt leisten können. Es ist daher unerlässlich, dass
88 er seine Handlungsfähigkeit aktiv unter Beweis stellt. Diese Handlungsfähigkeit
89 muss gesichert sein. Nur so kann der Staat seiner Rolle gerecht werden und die

90 notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, um eine nachhaltige und
91 zukunftsorientierte Infrastruktur zu fördern.

92 Es wäre ein großer Fehler, diese Mehrausgaben dadurch zu finanzieren, die Axt an
93 die soziale Infrastruktur anzulegen, wie es jetzt einige fordern. Äußere
94 Sicherheit auf Kosten innerer oder sozialer Sicherheit zu erreichen, verbreitert
95 gesellschaftliche Gräben und wäre damit auch ein Konjunkturprogramm für
96 Demokratiefeinde. Genauso falsch wäre es, Deutschlands internationales
97 Engagement im humanitären, entwicklungs-, umwelt- oder klimapolitischen Bereich
98 abzuwickeln. Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die immer deutlicher
99 zutage tretenden Auswirkungen der Biodiversitäts- und Klimakrise - die Welt ist
100 heute eine andere als noch vor 20 Jahren. Dieser veränderten Welt kann man nicht
101 mit einer überholten Haushalts- und Finanzpolitik begegnen. Und doch wollen
102 einige weiterhin „Normalität“ simulieren, statt die neuen Realitäten auch
103 fiskalisch abzubilden. Die Schuldenregeln im Grundgesetz und in einigen
104 Landesverfassungen sind weder Naturgesetz noch göttliche Fügung. Sie waren vor
105 15 Jahren das Ergebnis einer Mehrheitsbildung als Folge der Finanzkrise. Sie
106 können angepasst werden – mit neuen Mehrheiten für neue Zeiten.

107 Die Notwendigkeit für eine fiskalpolitische Zeitenwende erkennen nicht nur wir.
108 In den vergangenen Monaten und im Lichte der wirtschaftlichen Lage fordern immer
109 mehr Expert*innen eine grundlegende Reform der Schuldenregeln. Konservative und
110 arbeitgebernahe Ökonom*innen, viele Unternehmen und ihre Verbände,
111 Gewerkschaften, der Sachverständigenrat (die „Wirtschaftsweisen“) und nicht
112 zuletzt Ministerpräsidenten der CDU - sie alle sprechen sich dafür aus, Kredite
113 über die bislang starren Grenzen hinaus zu ermöglichen. Renommiertere
114 Volkswirtschaftler*innen schlagen eine Vermögenssteuer vor und sogar der Bund
115 der Steuerzahler spricht sich für einen höheren Spitzensteuersatz für
116 Einkommensmillionär*innen aus. Große Sozial- und Umweltverbände stützen unsere
117 Forderung nach Umsetzung des Ampel-Koalitionsvertrages mit der Einführung eines
118 Klimageldes in dieser Legislaturperiode.

119
120 Eine Anpassung der Schuldenbremse allein wird jedoch nicht ausreichen, um den
121 enormen Finanzierungsbedarf zu decken. Finanzkriminalität - insbesondere von
122 Banken - muss konsequenter ermittelt, vor Gericht gebracht und aufgearbeitet
123 werden. Durch Steuerhinterziehung verliert Deutschland schätzungsweise 100
124 Milliarden Euro pro Jahr. Viele dieser Fälle werden jedoch nicht aufgeklärt und
125 der Schaden nicht zurückgezahlt. Deshalb wollen wir die Strafverfolgung in
126 diesem Bereich deutlich ausbauen und die Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften
127 stärken. Klima- und umweltschädliches Verhalten sollte der Staat nicht fördern.
128 Daher setzen wir uns für den Abbau klimaschädlicher Subventionen ein. Auch
129 Umweltlenkungsabgaben wären dazu geeignet, die Transformation zu gestalten und
130 die Gesellschaft daran gerecht zu beteiligen.

131

132

133 Darüber hinaus wollen wir die Erbschaftssteuer reformieren und Schlupflöcher für
134 Superreiche schließen. Außerdem sprechen wir uns weiterhin für die Einführung
135 einer verfassungskonformen Vermögensteuer aus. Wir wollen den Spitzensteuersatz
136 der Einkommenssteuer durch zwei zusätzliche Stufen erhöhen und gleichzeitig
137 erhöhen wir den Grundfreibetrag, der um kleine und mittlere Einkommen zu
138 entlasten.

139 Wir wollen den Menschen und den Unternehmen ihre Zuversicht wiedergeben. Deshalb
140 wollen wir öffentliche und private Investitionen fördern und den öffentlichen
141 Haushalten, insbesondere den Kommunen, wieder mehr Möglichkeiten geben, die
142 notwendige klimaneutrale und digitale Modernisierung aktiv zu unterstützen.

143 Als GRÜNE haben wir dazu auf allen Ebenen konstruktive Vorschläge gemacht,
144 appellieren an unsere Koalitionspartner*innen und Mitbewerber*innen, zum Wohle
145 unseres Landes gemeinsam einen Weg aus der verhärteten Debatte zu finden. Suchen
146 wir nach einem Schritt nach vorne, der es ermöglicht, die Probleme unsere Zeit
147 nicht auf den Rücken vulnerabler Gruppen zu lösen, sondern eine solidarische und
148 gerechte Lösung für alle zum Ziel hat.

149 Mona Neubaur hat als NRW-Wirtschaftsministerin einen Vorschlag für einen
150 Investitions-Booster zur Förderung privater Investitionen in klimafreundliche
151 Maßnahmen gemacht. Jedes Unternehmen, das in klimafreundliche Maßnahmen
152 investiert, soll darüber eine Steuergutschrift von 25 Prozent des
153 Investitionsbetrags über den Abschreibungszeitraum erhalten. Damit kann der
154 Staat mit jedem Euro das Dreifache an privaten Mitteln mobilisieren. Förderfähig
155 wären Maßnahmen wie Investitionen in Schieneninfrastruktur, Wasserstoffnetze,
156 energetische Gebäudesanierungen, Elektromobilität sowie Forschung und
157 Entwicklung. Damit orientiert sich der Investitions-Booster an einem
158 vergleichbaren Instrument des US-amerikanischen Inflation Reduction Act.

159 Die GRÜNE Bundestagsfraktion hat ihrerseits den „Deutschland-Investitionsfonds
160 für Bund, Länder und Kommunen“ als Vorschlag entwickelt. Mit diesem Fonds sollen
161 umfangreiche öffentliche Investitionen zweckgebunden in die Modernisierung und
162 Dekarbonisierung der Wirtschaft sowie in Zukunftstechnologien ermöglicht und
163 private Investitionen mit öffentlichen Geldern unterstützt werden. Der Fonds
164 soll wichtige Infrastrukturprojekte wie den Ausbau und die Elektrifizierung des
165 Schienennetzes, die Verbesserung der Radinfrastruktur und den Aufbau der
166 Wasserstoffinfrastruktur fördern. Zudem stellt er Mittel für Kommunen bereit, um
167 dringend notwendige Investitionen in Schulbauten, Krankenhäuser, den
168 öffentlichen Nahverkehr, bezahlbaren Wohnraum und Freizeiteinrichtungen zu
169 ermöglichen.

170 Mit dem Deutschlands-Investitionsfonds soll auch Ländern und Kommunen die
171 Möglichkeit eröffnet werden, ihre Zukunftsinvestitionen verstärkt über Kredite
172 zu finanzieren. Dazu könnte im Grundgesetz nicht nur der Verschuldungsspielraum
173 für den Bund, sondern auch für die Länder angepasst werden, die nach derzeitiger
174 Rechtslage keinerlei Schulden machen dürfen.

175 Den Vorschlägen gemein ist, dass sie eine klare soziale und wirtschaftliche
176 Zukunftsorientierung haben und damit ein Angebot an die Breite der politischen
177 Landschaft formulieren, indem sie

- 178 • Notwendige Investitionen erleichtern - öffentliche und private,
- 179 • Den staatlichen Haushalten, gerade auch den kommunalen,
180 Handlungsspielräume öffnen
- 181 • Transparent machen, was offensichtlich ist und Schluss machen mit dem
182 Streit um vermeintliche oder reale Buchungstricks,
- 183 • Ausgaben für wirtschaftlichen Wohlstand nicht ausspielen gegen jene in die
184 soziale Infrastruktur und damit den sozialen Frieden im Land wahren und
- 185 • soziale Gerechtigkeit als wesentliche Aufgabe bei der Bewältigung der
186 Transformationsherausforderungen in den Blick nehmen und
- 187 • Deutschland international anschlussfähig aufstellen und den
188 Wirtschaftsstandort im harten Wettbewerb um die Zukunftstechnologien und -
189 Industrien stärken.

190 Als GRÜNE in Nordrhein-Westfalen unterstützen wir diese Vorschläge und werben
191 aktiv dafür, die Debatte um eine zukunftsfähige Haushalts- und Finanzpolitik
192 offen und pragmatisch zu führen.

Beschluss Hochwasser und Überflutungen - Vorfahrt für Katastrophenschutz, Klimaschutz und Klimaanpassung

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 29.06.2024
Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 **Hochwasser und Überflutungen - Vorfahrt für**
2 **Katastrophenschutz, Klimaschutz und**
3 **Klimaanpassung**

4 Die heftigen Überschwemmungen in Süddeutschland zeigen erneut den dringenden
5 Handlungsbedarf bei Katastrophenschutz, Klimaanpassung und Klimaschutz. Flüsse
6 treten häufiger über die Ufer und gefährden Menschenleben und Lebensgrundlagen.
7 Wir gedenken der Opfer und danken den Helfer*innen, die unter gefährlichen
8 Bedingungen im Einsatz waren. Sie haben ihr Leben riskiert oder gar verloren im
9 Einsatz für Menschen in Gefahr.

10 **Katastrophenschutz**

11 Die Klimakrise trifft uns jetzt, und wir müssen in den Schutz von Menschen und
12 Infrastruktur investieren. Haupt- und ehrenamtliche Katastrophenschützer*innen
13 leisten unschätzbar wertvolle Arbeit, wofür wir dankbar sind und Respekt zollen.

14 Wir streben eine bessere Koordination von Bund und Ländern an. Einheitliche
15 Standards und eine Stärkung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und
16 Katastrophenhilfe (BBK) sind unerlässlich. Effiziente Warnsysteme mit einem
17 breiten Warn-Mix müssen verbessert und verbindliche
18 Katastrophenschutzbedarfspläne umgesetzt werden.

19 Katastrophen wie Hochwasser machen keinen Halt an Landesgrenzen. Daher muss auch
20 die rechtliche Stellung von ehrenamtlichen Katastrophenschützer*innen
21 übergreifend gesichert werden. Ihre Ausbildung und Fortbildung müssen
22 langfristig unterstützt werden. Wir setzen uns für eine deutschlandweit
23 harmonisierte Regelung zur Helfergleichstellung ein, damit ehrenamtliche Kräfte
24 für Einsätze freigestellt werden können.

25 **Katastrophenhilfe**

26 Wir lassen niemanden allein. Der Staat wird auch bei zukünftigen Ereignissen
27 solidarisch bei der Bewältigung der Schäden helfen müssen. Ohne
28 Versicherungsschutz droht betroffenen Menschen jedoch der finanzielle Ruin. Wir
29 befürworten daher eine gesetzliche und sozial verträgliche Versicherungspflicht
30 gegen Elementarschäden.

31 Klimaanpassung

32 Unsere beste Verbündete im Kampf gegen Hochwasser und andere
33 Extremwetterereignisse ist die Natur. Gesunde Flussauen und natürliche
34 Überflutungsflächen sind effektive Schutzschilde. Durch Renaturierung und
35 Schaffung solcher Flächen können wir Hochwasserwellen brechen und das Wasser
36 besser in der Landschaft halten. Dafür benötigen wir einen beschleunigten
37 Zugriff auf Flächen.

38 Wir haben bereits einiges vorzuweisen, wie die Klimaanpassungsgesetze, auf
39 Bundes- und Landesebene, die fortlaufend weitergeführte nationale
40 Klimaanpassungsstrategie, die sich gerade in Aufstellung befindliche
41 Landes Anpassungsstrategie, die nationale Wasserstrategie und das Aktionsprogramm
42 Natürlicher Klimaschutz. Doch es bleibt mehr zu tun. Gerade zum Schutz vor
43 Extremwetterereignissen brauchen wir stabile Deiche, besseren Katastrophenschutz
44 und natürlichen Hochwasserschutz, der gesetzlich verankert ist.

45
46 Dafür sehen wir es als dringend an, dass Bund und Länder ein neues
47 Hochwasserschutzgesetz auf den Weg bringen. Wir müssen Hochwasser und Starkregen
48 stärker zusammen denken. Überflutungen werden in Zukunft verstärkt auch ohne ein
49 lokales Gewässer auftreten können. Um dieser neuen Realität Rechnung zu tragen,
50 setzen wir uns für eine ressortübergreifende Zusammenarbeit ein, die den
51 Bevölkerungsschutz aus der Perspektive der betroffenen Menschen und nicht von
52 Art der Überflutung her denkt. Die ersten Auswirkungen der Klimakrise spüren wir
53 jetzt schon. Daher sind eine beschleunigte Planung und entbürokratisierte
54 Förderprogramme für Klimaanpassungsmaßnahmen notwendig, um sich rechtzeitig auf
55 die noch kommenden klimatischen Veränderungen einzustellen. Projekte wie
56 Deichrückverlegungen, Schwammstädte, Auen- und Moorrenaturierung sowie naturnahe
57 Wälder müssen stärker unterstützt werden. Gerade Schwammstädte schaffen viele
58 Synergieeffekte wie die Stärkung der Hitzeresilienz, die Vorsorge gegen Dürren
59 und die Stärkung der Biodiversität. Das EU-Renaturierungsgesetz als wichtiges
60 Instrument für Klimaschutz und Klimaanpassung muss beschlossen und effektiv
61 umgesetzt werden. Die Vorschrift, keinen Nettoverlust von städtischen
62 Grünflächen zu erlauben, leistet einen wichtigen Beitrag zum Überflutungsschutz,
63 da sie die existierenden Versickerungsfähigkeiten unserer Städte schützt.
64 Maßnahmen der Klimaanpassung müssen in Zukunft noch stärker als
65 gemeinschaftliche Aufgabe von Bund und Ländern umgesetzt werden und ausreichend
66 finanziert sein. Um nicht in Konkurrenz zu wichtigen gesellschaftspolitischen
67 Aufgaben zu treten, sollten die Mehraufwendungen u. a. nach dem
68 Verursacherprinzip (z. B. über die CO₂-Abgabe, Abgabe auf Flächenversiegelungen
69 in Überschwemmungsgebieten, etc.) und durch in Zusammenhang stehenden Nutzungen
70 gesichert werden.

71 Klimaschutz

72 Das beste Mittel gegen die Klimakrise ist Klimaschutz. Unser Ziel bleibt, NRW
73 zur ersten klimaneutralen Region zu machen. Gemeinsam mit Unternehmen, die
74 bereits grün wachsen, zeigen wir: Klimaneutralität ist ein Gewinn für Menschen,
75 Natur und Wirtschaft.

76

77 Deswegen setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass Maßnahmen dazu getroffen

78 werden. Der
79 bundesweite Kohleausstieg bis 2030 ist eines der besten Beispiele für effektive
80 Maßnahmen.

V19 Keine Abschiebungen nach Afghanistan oder Syrien, Keine Asylverfahren in Drittstaaten,
Keine Abschiebung bei Likes!

Antragsteller*in: Petra Lippegaus (KV Paderborn)

Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Keine Abschiebungen nach Afghanistan oder 2 Syrien, Keine Asylverfahren in Drittstaaten, 3 Keine Abschiebung bei Likes!

- 4 1. Bündnis 90/Die Grünen NRW lehnt mit Verweis auf die Menschenrechte
5 Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien ab.
- 6 2. Wir lehnen Modelle zur Auslagerung von Asylverfahren ab und verteidigen
7 konsequent das Grundrecht auf Asyl.
- 8 3. Wir lehnen den Gesetzentwurf zur Verschärfung des Ausweisungsrechts im
9 Aufenthaltsgesetz ab.

10 Keine Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien

11 Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien sind menschenrechtswidrig. In beiden
12 Ländern gibt es Folter und andere schwere Menschenrechtsverletzungen, die
13 jegliche Abschiebungen völkerrechtlich verbieten. So verweist Pro Asyl auf die
14 Rechtslage: „Niemand darf abgeschoben werden, wenn nach der Abschiebung Folter
15 oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung droht. Das
16 ergibt sich aus dem absoluten Folterverbot, das unter anderem in Artikel 3 der
17 Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und Artikel 4 der EU-
18 Grundrechtecharta normiert ist. Dieses Verbot ist absolut und gilt
19 uneingeschränkt für alle Menschen – auch für Personen, die Straftaten begangen
20 haben. Ihre Strafen müssen sie in Deutschland verbüßen.“

21 Auch der frühere CDU-Ministerpräsident des Saarlandes und ehemalige
22 Verfassungsrichter Peter Müller spricht von "billigem Populismus". Wir fordern:
23 Die Asyl- und Migrationspolitik der Bundesrepublik muss im Rahmen der
24 unveräußerlichen und unverletzlichen Menschenrechte bleiben. Die
25 Lageeinschätzung in Afghanistan darf nicht schon wieder politisch unrealistisch
26 gefälscht werden, um Abschiebungen zu ermöglichen. Die aktuelle Lage lässt laut
27 Gerichtsurteilen in Deutschland und des EGMR keine Rückführungen nach
28 Afghanistan oder Syrien zu.

29 Abgeschobene, Rückkehrer*innen und ihre Familien sind in Afghanistan in großer
30 Gefahr, das belegt eine Studie von der Diakonie und Brot für die Welt. Sie kommt
31 zu dem Ergebnis, dass für diese Personengruppe ein erhöhtes Risiko für
32 Verfolgung besteht.

33 Auch für Syrien stellt laut Tagesschau das Auswärtige Amt in einem Bericht fest:
34 "Eine sichere Rückkehr Geflüchteter kann derzeit für keine Region Syriens und
35 für keine Personengruppe gewährleistet, vorhergesagt oder gar überprüft werden".

36 Wir lehnen es zudem ab, Geld an die Taliban zu zahlen oder sie diplomatisch als
37 legitime Regierung anzuerkennen, um über Abschiebungen zu verhandeln. Der
38 Counterpart von Nancy Faeser - der afghanische de-facto Innenminister - Haqqani
39 ist ein international gesuchter islamistischer Topterrorist. Auf seine
40 Ergreifung sind 10 Millionen US-Dollar Kopfgeld vom FBI ausgesetzt.
41 Abschiebungen über Nachbarländer wie Usbekistan oder Pakistan haben die Taliban
42 bereits ausgeschlossen.

43 Ablehnung der Modelle zur Auslagerung von Asylverfahren in 44 Drittstaaten („Ruanda-Modelle“)

45 Großbritannien versucht seit Jahren erfolglos, Asylverfahren an Ruanda
46 auszulagern. Selbst wenn Gerichte das ermöglichen würden, sind die exorbitanten
47 Kosten von 500.000-2.000.000 Euro pro Abgeschobener Person ein Beleg dafür, dass
48 es sich hier um eine asylpolitische, populistische Sackgasse handelt. Das
49 Albanien-Modell, das von der postfaschistischen Regierung Italiens
50 vorangetrieben wird, ist auf Deutschland nicht übertragbar, da die betroffenen
51 Personen dafür in internationalen Gewässern aufgegriffen werden müssen. Eine
52 Gerichtsentscheidung zur rechtlichen Zulässigkeit des Modells in Italien steht
53 noch aus.

54 Wir lehnen Modelle zur Auslagerung von Asylverfahren ab und verteidigen
55 konsequent das Grundrecht auf Asyl. Damit schließen wir Grüne NRW uns den
56 Positionierungen zahlreicher Sachverständiger, des UNHCR und
57 Menschenrechtsorganisationen an, die vor menschenrechtlichen Problemen warnen.
58 Die Erfahrung mit bisherigen Modellen zeigt einer Stellungnahme vom Amnesty
59 zufolge, dass bisher kein Versuch der Auslagerung von Asylverfahren ohne
60 Menschenrechtsverletzungen auskam.

61 Wir stimmen Pro Asyl zu: „Mit diesem Vorschlag würde das Asylrecht in Europa
62 faktisch abgeschafft. Denn Menschen, die vor Kriegen und Verfolgung fliehen,
63 könnten auf dieser Basis in Deutschland und der Europäischen Union keinen Schutz
64 mehr bekommen. Die Bundesregierung sollte von diesem Irrweg klar Abstand nehmen
65 und sich stattdessen für die Achtung internationaler und europäischer
66 Schutzstandards, für eine effektive Unterstützung der Kommunen und für sichere
67 Fluchtwege einsetzen.“

68 Es muss Schluss sein, mit dem gegenseitigen Überbietungswettbewerb mit immer
69 noch radikaleren Forderungen.

70 Rechtsstaatliche Grundsätze müssen unangetastet bleiben: 71 Mehr Ressourcen für die Strafverfolgung statt Like-Polizei

72 Hasskriminalität, Desinformation und Radikalisierung im Netz sollte stärker
73 bekämpft werden. Deswegen begrüßen wir im Grundsatz die Initiative der
74 Bundesregierung, einen verstärkten Fokus darauf zu legen. Der aktuelle
75 Gesetzentwurf zur Verschärfung des Ausweisungsrechts wirft jedoch erhebliche
76 Fragen auf. Das eigentliche Ziel, Terror und Hass im Netz zu bekämpfen, wird
77 dieser Gesetzentwurf unserer Auffassung nach so nicht erreichen.

78 Die "Billigung", das Verbreiten von terrorverherrlichenden Inhalten, soll laut
79 Gesetzentwurf ausreichen, damit ein „schweres Ausweisungsinteresse“ vorliegt.

80 Diese sehr unspezifische Formulierung könnte übereinstimmenden Medienberichten
81 zufolge und unter Berufung auf ein Gerichtsurteil im Anhang des Gesetzentwurfes
82 auch Likes und Kommentare in sozialen Netzwerken einbeziehen. Eine
83 strafrechtliche Verurteilung soll vor einer Ausweisung nicht notwendig sein. Wir
84 wollen in unserem Rechtsstaat keine Like-Polizei, die Bürgerinnen und Bürger
85 massiv überwacht und Strafen verhängt, wenn man aus Versehen die falschen
86 Beiträge liked. Stattdessen brauchen wir endlich genügend Ressourcen, um die
87 wirklichen Verbrecher dingfest zu machen.

88
89 Wer schon einmal mit Hassverbrechen im Netz konfrontiert war, weiß, wie
90 überlastet und überfordert die Strafverfolgungsbehörden sind. Kaum ein Täter
91 wird gefasst. Hier braucht es endlich eine angemessene Ausstattung der
92 Strafverfolgungsbehörden, damit Straftäter sich durch Straflosigkeit nicht
93 länger in ihren Taten bestärkt fühlen, Hass schüren und Menschen mit
94 extremistischer Ideologie verführen können.

95
96 Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, im parlamentarischen Verfahren dafür zu
97 sorgen, dass hier keine Regeln geschaffen werden, die willkürliches
98 Behördenhandeln fördern oder rechtliche Unklarheiten verschärfen. Law-and-Order-
99 Schnellschüssen sollten wir klare Absagen erteilen.

100 Die aktuellen Debatten um Auslagerung und Abschiebung leisten keinen ernsthaften
101 Beitrag zur Lösung der Fragen von Migration oder Asyl und erst nicht zu
102 Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten. Der Abbau
103 von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit wird nicht zu Verbesserungen
104 beitragen, sondern das vorhandene Chaos und Leid noch verschärfen

105
106 Wir stellen uns klar gegen eine Politik der unrealistischen Polemik, die
107 Erwartungen weckt, die sie nie erfüllen kann. Stattdessen brauchen wir einen
108 ernsthaften Politikstil, der die Arme hochkrepelt, die Menschenwürde in Sprache
109 und Praxis achtet und sich der Lösung konkreter Probleme widmet. Weniger
110 sinnlose Bürokratie, mehr Investments in die Integration und einen Turbo für die
111 Arbeitsmarktintegration sind ebenso wichtig, wie eine Infrastruktur bei Bildung,
112 Gesundheit und Wohnen, die dem Einwanderungsland Deutschland gerecht wird.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit

Die Beschlüsse der Ministerpräsident*innenkonferenz wurden erst am 20.06. gefasst. Der Kabinettsbeschluss zur Verschärfung des Ausweisungsrechts wurde am 26.06. gefasst. Relevante Stimmen zur Unterstützung von Rückführungen nach Afghanistan wurden erst in den letzten Tagen lauter, sodass hier eine Diskussion und Positionierung drängt.

Unterstützer*innen

Sabine Yüendem (KV Remscheid); Cim Kartal (KV Bielefeld); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Patrick Jedamzik (KV Gelsenkirchen); Helena Jamal (KV Essen); Meike Gerwin (KV Gelsenkirchen); Petra Balje (LV Grüne Jugend NRW); Günther Bunte-Esders (KV Düsseldorf); Gaby Grosser-Tatoglu (KV Bielefeld); Emelie Segler (KV Minden-Lübbecke); Salvatore Mancuso (KV Köln); Denise Frings (KV Wuppertal);

Theda de Morais Dourado (KV Düsseldorf); René Knott (KV Minden-Lübbecke); Svenja Bloom (KV
Münster); Judith Erichlandwehr (KV Kleve); Jenny-Mai Guse (KV Düsseldorf); Lilli Hampeter (KV
Düsseldorf); Clara Padberg (KV Bochum); Irmgard Pehle (KV Herford); Anja Boenke (KV Leverkusen);
Selim Korkutan (KV Recklinghausen); Yousra El Makrini (KV Düsseldorf); Fabian Schalm (KV
Düsseldorf); Sanjev Vijayakumar (KV Recklinghausen)